

TAIWAN

(73) Aufhebung der Resolution des US-Kongresses über die Verteidigung Taiwans

Kurz vor Kissingers nächster Chinareise, die noch für dieses Jahr geplant ist, lancieren informierte Kreise in Washington und Taiwan die Meldung, daß Präsident Ford beabsichtige, die Resolution des Kongresses über die Verteidigung Taiwans vom 29.1.1955 demnächst aufzuheben (CJ 24.10.74).

Der Kongreß hatte seinerzeit mit dieser Resolution den Präsidenten ermächtigt, allein über den Einsatz der US-Streitkräfte zur Sicherheit und Verteidigung Taiwans, einschließlich der dazu "in Beziehung stehenden Positionen und Gebiete" ("such related positions and territories"), zu entscheiden. Der Ausdruck "related positions and territories" dürfte sich auf die vor dem chinesischen Festland liegenden, unter der Regierung Chiang Kai-sheks stehenden Frontinseln Quemoy und Matsu beziehen, die nicht unter den Beistandspakt zwischen den USA und Nationalchina von 1954 fallen. Nach dem letzten Satz des Dokuments soll die Resolution aufgehoben werden, wenn der Präsident entscheidet, daß die von der UNO oder anderweitig hergestellten internationalen Verhältnisse geeignet sind, Frieden und Sicherheit in dieser Region zu gewährleisten (zum Text der Resolution siehe Documents on International Affairs, London 1958, S.446 b). Eine Aufhebung der Resolution wäre zwar sicherlich ein weiterer Schritt der USA zur Normalisierung ihrer Beziehungen mit der VR China, würde aber keine wesentliche Änderung der durch den Beistandspakt bestimmten Beziehungen zwischen den USA und Taiwan bedeuten.

(74) Revision des Investitionsförderungsgesetzes

Die Regierung in Taiwan hat am 19.9. die Änderung von drei Artikeln des Gesetzes zur Investitionsförderung beschlossen. Nach dem neuen Art. 10 können alle Produktionsunternehmen, die vor dem 31.12.1973 den Betrieb oder die Dienstleistungen aufgenommen haben, weiterhin unterhalb der Steuergrenze von 25% bleiben. Die Firmen, die nach diesem Datum ihre Produktion begonnen haben, können diesen Vorteil nur bei technologischen und kapitalintensiven Investitionen nutzen. Sonst müssen sie eine Steuer in Höhe von 35% des Jahresgesamtgewinns abführen. Was "technologische und kapitalintensive" Industrien sind, entscheidet die Regierung je nach dem tatsächlichen Bedarf Taiwans (CJ 20.9.1974). Bevorzugt werden z.Zt. die petrochemische Industrie, die Elektroindustrie, die elektronische Industrie und der allgemeine Maschinenbau. Das "Industrial Development & Investment Centre" (IDIC) hat dazu eine Liste von rd. 70 Produktionszweigen zusammengestellt, die als besonders günstig für ausländische Investoren bezeichnet werden (vgl. Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation als Beilage zu NfA, Sept.1974, 24. Jg., Nr.187).

Die beiden anderen neuen Artikel (12 und 17) des Gesetzes betreffen die Aktiensteuer. Die vor dem 31.12.1974 erworbenen Aktien von Produktionsunternehmen sind steuerfrei, falls die Dividenden für Reinvestitionen verwendet werden. Für die Aktienbesitzer, die nicht in Taiwan ansässig sind und

vor dem 31.12.1973 ihre Investitionsgenehmigung gemäß dem Investitionsgesetz für Überseechinesen oder Ausländer bekommen haben, beträgt die Steuer 15% der Dividenden, nach diesem Datum 25%. Müssen diese Investoren jedoch auch in ihrem Wohnort Steuern bezahlen, so können diese in Taiwan entsprechend (vorläufig bis zu 15%) abgesetzt werden. Die Revision tritt erst in Kraft, wenn sie von dem Gesetzgebenden Yuan verabschiedet worden ist.

(75) Deutsche und amerikanische Kredite für Taiwan

Nach einer Meldung der Chung-yang Jih-pao (CJ 4.10.1974) hat ein Bankenkonsortium der Bundesrepublik der Chinesischen Stahlgesellschaft in Taiwan ein Darlehen von 200 Mio. DM zugesagt. Der Kredit zum Ankauf deutscher Maschinen für den Aufbau eines modernen Stahlwerks (geschätzte Kapitalkosten: 677 Mio. US \$) in der Hafenstadt Kaohsiung soll eine Laufzeit von 15 Jahren haben. Die erste Tilgungsrate wird aber erst im vierten Jahr nach Darlehensgewährung fällig.

Darüber hinaus hat der Finanzminister der Taipeier Regierung, K.T. Li, am 12. Oktober bekanntgegeben, daß die Export-Import-Bank der USA ebenfalls bereit sei, Taiwan einen Kredit von 934.890.000 US \$ zur Finanzierung der sog. "zehn großen Bauprojekte" einzuräumen, und zwar US \$ 499 Mio. für drei Kernkraftwerke, US \$ 200 Mio. für das bereits genannte Stahlwerk, US \$ 110 Mio. für die Elektrifizierung der Eisenbahn, US \$ 11 Mio. für eine große Werft und US \$ 37 Mio. für eine Harnstoff-Fabrik. Der Zinssatz des Darlehens beträgt 8% (Free China Weekly, Taipei 20.10.1974).

(76) Ausbau der Energieindustrie

Die Bauarbeiten am vierten Staudamm des Tachia-Flusses sind nach einer Dauer von fast fünf Jahren im Oktober beendet worden. Der Staudamm, der 180 m hoch ist und US \$ 134,2 Mio. gekostet hat, kann mit seiner Anlage von drei Generatoren 234.000 kW Strom erzeugen. Bis Ende dieses Jahres wird die Kapazität der Stromversorgung auf der ganzen Insel Taiwan 4.890.000 kW erreichen. Der Bedarf der Industrie beträgt z.Zt. 80% des Gesamtverbrauchs (CJ 7.10.74).

Seit dem vergangenen Jahr arbeitet die CPC (Chinese Petroleum Corporation) von Taiwan mit sechs US-Ölkonzernen (Continental Oil Company, Amoka, Gulf Oil Corporation und Texfel) zusammen, um unter dem Wasser der Taiwan-Straße nach Erdöl zu bohren. Am 2. Oktober gab Wirtschaftsminister Y.S. Sun als ersten Erfolg bekannt, daß vor der Küste von Kaohsiung Erdgas gefunden sei (Free China Weekly 13.10.1974).

(77) Peking sieht Wirtschaftsstagnation in Taiwan

"Langanhaltende Stagnation und Verfall der Produktion sind die hervorstechendsten Merkmale der gegenwärtigen Wirtschaftskrise Taiwans", die durch die "erbarmungslose Konkurrenz ausländischen Kapitals" verursacht sei. Das Büro für industrielle Entwicklung beim Wirtschafts-

ministerium' in Taiwan habe Mitte April zugeben müssen, daß 438 Betriebe der Bekleidungsindustrie sowie anderer Industriezweige hätten stillgelegt werden müssen. Ferner hätten 200 elektronische Betriebe und 300 Eisen- und Stahlbetriebe ihre Produktion eingestellt. Die Auslandsaufträge seien im Vergleich zum Vorjahr um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Die Konsumgüterpreise befänden sich weiter im Anstieg. Es herrsche Mangel an Konsumgütern, und Spekulantentum beginne sich auszubreiten. Der

Preis für Petroleum sei um 50%, für Elektrizität um 80%, für den Transport von 30-80% angestiegen. Ähnliche Steigerungen herrschten bei Getreide, Speiseöl, Fleisch, Gemüse und vielen anderen Konsumgütern (NCNA 5.10.1974). In der Tat hat die Halbjahresbilanz der taiwanesischen Wirtschaft nicht gerade gut ausgesehen. Zur Korrektur des Bildes, das Hsinhua gibt, vgl. Yu-hsi Nieh, "Halbjahresbilanz des taiwanesischen Außenhandels" in C.a. 1974/9, S.557-561.